

Willkür oder kluger Einsatz?

«Polizei griff hart durch», «Bund» vom 21. Januar

Wer am Samstagmittag auf dem Waisenhausplatz war, konnte viele friedliche Menschen sehen, die sich versammelt hatten, um ihren Unmut auszudrücken. Die Polizei griff ohne ersichtlichen Grund Leute heraus. Das aggressive Verhalten der «Ordnungskräfte» verunmöglichte einen friedlichen Protest. Wir hätten gerne mit unseren Kindern gegen das undemokratische und teure Treffen in Davos demonstriert, wo Personen mit Blut an den Händen eingeladen werden.

Dieses Jahr ist Henry Kissinger Ehrengast. Seine kräftige Unterstützung des brutalen und blutigen Sturzes der demokratisch gewählten Regierung Salvador Allendes in Chile ist bekannt.

Es ist gut, wenn es Leute gibt, die sich daran stören, dass beim WEF reiche Wirtschaftsführer über unsere Zukunft entscheiden. Die DemonstrantInnen gehen gegen das Gefühl der Ohnmacht an und tragen ihren Protest gegen die zerstörerische Weltwirtschaftsordnung nach draussen. Das ist besser als resigniert zu meinen, man könne sowieso nichts machen. Das Eintreten für eine gerechtere Welt ist nötig!

Wir wünschen uns, dass noch viel mehr Leute auf die Strasse gehen – gerade auch Familien mit Kindern, es geht schliesslich um unsere Zukunft.

Lotta Wettstein
Susanne Bachmann, Bern

Stephan Hügli und der Gesamtgemeinderat haben ganz offensichtlich nichts gelernt seit dem 6. Oktober. Oder seit dem 22. Januar 2004, als ebenfalls keine Demobewilligung erteilt wurde, aber Tausende die Stadt Bern mit kreativen Aktionen belebten und die überrissene Polizeipräsenz lächerlich machten.

Der Protest gegen das WEF lässt sich weder verhindern noch am Vortag abblasen – das Einzige, was die Behörden damit erreichen, sind (zu Recht) wütende Organisierende und Demonstrierende – und (hoffentlich) ein «Trotzdem»-Effekt bei denen, die gegen die ungerechte Globalisierung protestieren.

Besonders erschreckt hat mich die Meldung, dass «alle Mitglieder



Diese Touristen fühlen sich wohl und geniessen es, vor Grenadieren zu posieren.

MANU FRIEDRICH

des Gemeinderats» dem Rückzug der Bewilligung zustimmten. Ich bin einmal mehr enttäuscht von «Rot-Grün»; offenbar sind diese Farben heute nur noch für die Deko am Parteianlass von Bedeutung.

Rahel Ruch, Bern

Ich gratuliere Stephan Hügli und der gesamten Berner Polizei herzlich zum gelungenen Einsatz! Die präventive Personenkontrolle, die schon sehr früh begann, machte klar, dass die Ordnungshüter härter durchgreifen als am 6. Oktober 2007. Die Verhaftung der rund hundert mutmasslichen Gewalttäter war klar gerechtfertigt. Denn es kam, wie die Polizei befürchtete, zu Auseinandersetzungen mit Linksautonomen. Die Scharmützel blieben aber dank dem Grossaufgebot diverser ausserkantonaler Polizeieinheiten im kleinen Rahmen.

Dass ein solches Ereignis mit radikalen Gruppierungen ohne grosse Sachbeschädigungen bleibt, ist

nur mit hervorragender Polizeiarbeit und taktischem Geschick möglich. Die Frage, die bleibt, ist die, wogegen die Personen in der Altstadt eigentlich demonstrierten. Ausser ein paar Pfiffen und seltenen Schläufrufen war nichts zu hören oder zu sehen. Es war offensichtlich, dass die «Demonstranten» nur auf der Suche nach Gewalt und Ausschreitungen waren, denn eine klare Botschaft gab es nicht!

Ich hoffe, dass fortan jede weitere unbewilligte Demonstration, egal von welcher politischen Herkunft, nach diesem Vorbild verhindert wird.

Bengiamin Wyrsh
Jungfreisinnige Stadt Bern

Kein Polizeidirektor, kein Stadtpräsident und kein anderer Politiker will zur Sprache bringen, was den Samstag wirklich prägte: gewalttätige, von Willkür geprägte Personendurchsuchungen und Festnahmen. Vor dem wirklich Unangenehmen schliesst

man die Augen. Denn würde jeder Einzelne als Mensch hinsehen, könnte niemand ein solches Verhalten rechtfertigen. Stellt man die Gewaltbereitschaft der Polizei vom Samstag dem Sachschaden, der verhindert werden konnte, gegenüber, fragen wir uns, ob in unserem Land das Schwergewicht auf der Verhinderung von Sachbeschädigungen liegt und nicht beim Schutz und bei der Achtung von Menschenwürde und Grundrechten. Und die Frage nach der Höhe der Kosten für diesen fragwürdigen Einsatz wird vermutlich niemand beantworten.

Sicherheit schaffen, dachten wir, sei die polizeiliche Aufgabe. Am Samstag haben wir aus Angst vor dem willkürlichen Durchgreifen der Polizei die Innenstadt verlassen. Legitimiert der Widerruf einer Demonstrationsbewilligung wirklich solches Verhalten?

Nina Moser, Angela Picchetti
Bern

PINGPONG

Canapés isst man ohne Besteck

Das Phänomen Sprache ist etwas Faszinierendes. Weltweit gibt es etwa 6000 Sprachen, wobei nur rund 300 Wörter in allen Sprachen vorkommen und dabei die gleiche Bedeutung haben. Schon allein aus diesem Grund liegt es auf der Hand, dass Sprachen miteinander unter grosser Verwirrung bei den Kommunizierenden auflösen können. Missverständnisse sind quasi programmiert. So bin ich, liebe Frau Pergoletti, beim Lesen Ihres Kolumnentitels «Die Freiheit liegt nicht auf dem Canapé» einmal mehr Opfer eines sprachlichen Missverständnisses geworden – eines höchst amüsanten allerdings. Ich hätte an Ihrer Stelle niemals den Begriff Canapé gewählt, sondern Sofa, Ottomane, Diwan oder allenfalls noch Couch. Canapé hat für mich eine völlig andere Bedeutung. Dazu muss man allerdings wissen, dass ich im im Seeland gelegenen Ins, nahe an der Sprachgrenze zur welschen Schweiz, aufgewachsen bin.

Anfang der Sechzigerjahre konnte man die Haushalte in unserem Dorf, die über eine Waschmaschine verfügten, an beiden Händen abzählen. Für alle andern war der monatliche Waschtage ein familiäres Grosseignis. Alle Familienmitglieder mussten die ihnen zugewiesenen Arbeiten erfüllen, sollte der Waschtage von Erfolg gekrönt sein. Die sonst alltäglichen Arbeiten wurden zweitrangig. So hatte die Mutter an diesem Tag schlichtweg keine Zeit fürs Kochen. Deshalb gab es an den Waschtagen auch keine warmen Mahlzeiten. Auf dem Menüplan standen abwechselnd Speisen, die vorgängig zubereitet werden konnten: Kuchen (im Sommer Obst-, im Winter Käsekuchen) oder Canapés. Sie haben richtig gelesen: Canapés. Ein Canapé ist eine kleine, mundgerecht geschnittene Brotst Scheibe, die mit Fleisch, Wurst, Käse oder Eiern belegt ist und mit pikanten

Zutaten – der Phantasie sind dabei kaum Grenzen gesetzt – dekoriert werden kann. Dass diese Canapés ohne Besteck verzehrt werden konnten und dadurch der Abwasch entfiel, unterstrich die Bedeutung dieser Mahlzeit beim ohnehin knappen

Zeitbudget für den Waschtage. Übrigens, wer an dieser Definition Zweifel hegt, was ich der jüngeren Generation nicht verübeln würde, verweise ich auf das Wikipedia-Lexikon.

Liebe Frau Pergoletti, ich denke, Sie können nun verstehen, dass ich Ihre Aussage «Die Freiheit liegt nicht auf dem Canapé» absolut nachvollziehen

kann, wenn auch aus einem völlig anderen Grund! Spass beiseite, auch wenn wir uns bei der Interpretation des Begriffs «Canapé» auf Sofa einigen würden, birgt Ihre Aussage immer noch genügend Spielraum für ein weiteres Missverständnis: Was heisst eigentlich Freiheit? – Ein grosses Wort, bei dem sich eine gründlichere Analyse der Bedeutung bestimmt lohnen würde. Doch das wäre ein anderes Thema.

Jahr für Jahr sterben rund 10 von diesen 6000 Sprachen, Tendenz steigend. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die Unesco das Jahr 2008 zum «Internationalen Jahr der Sprachen» erklärt. Erfreuen wir uns deshalb an unserer sprachlichen Vielfalt, damit auch an der kulturellen, ganz im Sinne des deutschen Lyrikers Christian Friedrich Hebbel (1813–1863): «Wäre die Sprache ein Produkt des logischen Geistes anstatt des poetischen, so würden wir nur eine haben.»

[@] www.ebund.ch/pingpong.
Christian Vifian ist Direktor der Wirtschafts- und Kaderschule KV Bern. Unsere Kolumnist(inn)en nehmen jeweils einen zugespilten Gedanken auf und spinnen ihn weiter.



Christian Vifian.

TRIBÜNE

Angsthasen rechts und links

Werner Seitz

Die Ausgangslage ist spannend: Die RGM-Parteien in der Stadt Bern sind nach 16 Jahren an der Macht etwas lendenlahm und mussten in letzter Zeit dem medialen und politischen Druck der Bürgerlichen verschiedentlich nachgeben. Dagegen wittern die oppositionellen Bürgerlichen, angespornt durch die Stimmengewinne bei den jüngsten Nationalratswahlen, Morgenluft und attackieren die Regierungsmehrheit und den Stadtpräsidenten.

Diese bürgerliche Angriffslust steht im Gegensatz zu einer gewissen Ängstlichkeit bei der Listengestaltung. Da ist nichts mehr zu spüren von der Aufmüpfigkeit der FDP und CVP des vergangenen Jahres, als beide gegen die SVP die Nachfolge von Kurt Wasserfallen für sich beanspruchten. Jetzt unterwirft sich die FDP ohne grosse Diskussionen dem Diktat der SVP: Sie scheint die geforderte Dreierliste zu akzeptieren und ohne ihren zweiten Gemeinderat Stephan Hügli in die Wahlen zu ziehen. Wenn ein bisheriger Gemeinderat im Regen stehen gelassen wird, muss dies in höherem Interesse geschehen: Und hier geht es um die Ablösung der rot-grünen Regierungsmehrheit.

Doch wie realistisch ist dieses Ziel? Erste Bedingung ist zwar das Antreten auf einer gemeinsamen Wahlliste. Doch das allein reicht noch nicht. Um den politischen Gegner zu schlagen, muss man mehr Stimmen als dieser erhalten – und davon sind die Bürgerlichen auch nach den letzten Nationalratswahlen noch meilenweit entfernt, mehr als zehn Prozentpunkte. Mit ihrer gemeinsamen Wahlliste täuschen die Bürgerlichen Muskel vor.

So ganz geheuer scheint dieses Manöver aber der SVP nicht zu sein, denn nur so ist zu erklären, dass sie eine Dreierliste verlangt. Denn die Berner Gemeinderatswahlen sind – anders als die meisten Wahlen in die Regierungen – Proporzwahlen. Deshalb ist es eigentlich sinnvoll, mit möglichst vielen Kandidaturen auf der Liste möglichst viele Wahlsegmente anzusprechen und so möglichst viele Stimmen zu holen. Die SVP aber befürchtet wohl, dass die bürgerliche Liste nur zwei Sitze holt, und ihr Kandidat – wie schon vor vier Jahren – von den beiden FDP-Kandidaten ausgestochen würde. So beharrt die SVP auf der Dreierliste. Die SVP mimt den Zampano, hat aber Angst vor Hügli.

Dass die SVP nicht mehr in der Berner Stadtregierung vertreten ist, ist kein Berner Phänomen: In sämtlichen Schweizer Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern hat die SVP mit ihrem aggressiven Rechtskurs zwar in Parlamentswahlen deutlich zugelegt, im Gegenzug wurde sie aber aus all diesen Regierungen abgewählt. In Bern hat sich die SVP

Mit der Dreierliste beugt sich die FDP der SVP. Dies dürfte Barbara Hayoz nicht gerade förderlich sein bei ihrem Kampf ums Stadtpräsidium.

vor vier Jahren mit dem «Abschieden» ihrer eigenen Gemeinderätin, Ursula Begert, gleich selber aus der Stadtregierung entfernt.

Mit der Dreierliste beugt sich also die FDP der SVP. Dies dürfte FDP-Gemeinderätin Barbara Hayoz nicht gerade förderlich sein bei ihrem Kampf ums Stadtpräsidium. Dabei hat sie als Gemeinderätin in den letzten Jahren sehr geschickt und zielstrebig politisiert und dürfte sich mit ihrem Leistungsausweis durchaus Hoffnungen machen.

Aber dazu braucht sie die politische Mitte – und die holt man nicht im Seitenwagen der SVP.

Die RGM-Parteien wiederum stehen trotz ihrem Formtief nicht auf hoffnungslosem Posten. Sie können sich immer noch auf eine klare Mehrheit abstützen, selbst bei den jüngsten Nationalratswahlen. Zudem dürfte sich RGM nach dem «struben» 2007 mit der Eröffnung des neuen Bahnhofplatzes und mit der Euro 08 wieder positive Schlagzeilen verschaffen. RGM könnte also die Wahlen weniger ängstlich angehen als die bürgerlichen Herausforderer. Natürlich erwartet niemand, dass RGM ihren drei Bisherigen das Vertrauen entzieht, nur um etwas Spannung zu erzeugen. Aber mit mindestens einer weiteren Kandidatur auf ihrer Wahlliste könnte RGM seine inhaltliche Spannweite verbreitern und gerade auch gegenüber allfälligen grünliberalen Herausforderern sichtbar machen. Dies brächte auch etwas mehr Farbe und Spannung in die RGM-Liste. Weil die Berner Gemeinderatswahlen Proporzwahlen sind, dürfte eine solche Liste auch nicht mehr als drei Mandate erreichen. Doch von solchen Überlegungen wollen die RGM-Parteien offensichtlich nichts wissen. Sie wollen sich lieber durchwinken

lassen und «im Schlafwagen ans Ziel» kommen.

So wie es sich abzeichnet, dürften im Wahlherbst zur Besetzung der fünf Gemeinderatsitze im Wesentlichen zwei Wahllisten mit je drei Kandidierenden vorgelegt werden. Zwei Parteienblöcke mit angezogener Handbremse – das ist nicht ein gerade attraktives Angebot. Aber weshalb sollen die Parteien der Stadt vorbildlicher sein als jene im Kanton Bern: Da steht für die Nachfolge von Werner Luginbühl nur gerade ein Kandidat «zur Wahl». Die Parteien sollen sich dann aber nicht beklagen und nach wissenschaftlichen Analysen rufen, wenn die Wahlberechtigten nicht in Scharen an die Urne pilgern, um ihre Vorschläge abzusegnen.

DER AUTOR



Werner Seitz, 1954, ist Politologe. Er ist langjähriger Beobachter der Berner Politiklandschaft und hat diese mehrfach analysiert. In den Neunzigerjahren gehörte er mit Heinz Däpp und Claudio Kaufmann der RGM-Beratungsgruppe an.

Der Bund

Herausgeberin: Espace Media Groupe
Verleger: Charles von Graffenried
Gesamtauflage BZ (inkl. «Bund»):
213 544 WEMF/SW-beglaubigt
Grossauflage freitags: 259 102
WEMF/SW-beglaubigt

Redaktion:
Bubenbergplatz 8, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12

Verlag:
Der Bund, c/o Berner Zeitung AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 330 33 11, Fax 031 330 36 86

Redaktionsleitung
Chefredaktor: Artur K. Vogel (aktiv)
Stellvertretende Chefredaktoren:
Rudolf Burger (bur), Patrick Feuz (paf)
Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)

Homepage: www.ebund.ch
E-Mail: derbund@derbund.ch

Verlagsdirektorin:
Franziska von Weissenfluh

Inserate: Berner Zeitung,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Telefonische Anzeigenannahme:
Tel. 031 330 33 10, Telex 912 160,
Fax 031 330 35 71

E-Mail: inserate@bernerzeitung.ch
ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)

Technischer Kundendienst: Anzeigen
Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen
ausserhalb der Bürozeit: Fax 031 330 35 71.
Anzeigenannahme auch bei allen
Publicitas-Filialen Schweiz: Publicitas Bern,
Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91

Abonnementspreise: 24 Monate Fr. 644.–,
12 Monate Fr. 348.–, 6 Monate Fr. 189.50,
3 Monate Fr. 99.90. 40% Studenten-
und Ausbildungsrabatt.

Bitte Ausweis mitschicken.
Die Preise verstehen sich inkl. 2,4% MWST.
Einzelnummer Fr. 2.80 (inkl. 2,4% MWST.)
Abonnemente: Tel. 031 385 14 44,
Fax 031 385 14 45

E-Mail: abo@derbund.ch
Copyright-Regelung: Vergleiche grosses
Impressum in der Montag-Ausgabe.